



Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Niederschrift

über die 21. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales — am 16.05.2011 in 15936 Dahme, Hauptstraße 48/49, Rathaus, Sitzungssaal.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Maritta Böttcher

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Evelin Kierschk
Herr Detlev von der Heide
Frau Angelika Österreicher
Frau Heike Kühne
Frau Gertrud Klatt
Herr Andreas Krüger
Herr Dr. Manfred Georgi
Herr Erich Ertl

Sachkundige Einwohner

Herr Marco Kerbs
Frau Gabriele Georgi

Verwaltung

Frau Kirsten Gurske
Herr Rüdiger Lehmann
Frau Grit Pieper
Herr Guido Kohl

Entschuldigt fehlten:

Sachkundige Einwohner

Herr Rainer Höhn
Frau Karin Mayer

Verwaltung

Frau Waltraud Kahmann

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:25 Uhr

- - - - -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Mitteilungen der Vorsitzenden
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 18.04.2011
- 3 Sicherstellung der notärztlichen Versorgung in der Region Dahme
- 4 Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2011
- 5 Sonstiges

Öffentlicher Teil

TOP 1

Begrüßung und Mitteilungen der Vorsitzenden

Frau Böttcher begrüßt alle Abgeordneten, sachkundigen Einwohner, Vertreter der Verwaltung und Gäste.

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern erhalten die Gäste zu TOP 3 in der Diskussion die Möglichkeit sich zu Wort zu melden.

Zu der mit der Einladung übergebenen Tagesordnung gibt es keine Ergänzungen. Sie gilt damit als bestätigt.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 18.04.2011

Die Niederschrift der Sitzung vom 18.04.2011 wird bestätigt.

TOP 3

Sicherstellung der notärztlichen Versorgung in der Region Dahme

Mit KT-Beschluss vom 28.03.2011 wurde der Ausschuss verpflichtet, sich die Situation vor Ort anzuhören und gemeinsam nach Perspektiven zu suchen.

Frau Gurske informiert einleitend über Vorgeschichte und den aktuellen Stand.

Der Landkreis Dahme-Spreewald informierte Ende des Jahres 2010 den Landkreis Teltow-Fläming, dass der Standort Luckau künftig nicht weiterbetrieben werden kann. Von der Krankenkasse sind fünf Notarztstandorte für den Landkreis bewilligt worden. Da ein erhöhter Bedarf im Bereich Teupitz und an der A9 besteht, soll der Notarztstandort von Luckau in Richtung Teupitz verlagert werden.

Daraufhin hat der Landkreis sich an den Landrat Herrn Loge gewandt, nicht zuletzt deshalb, weil es seit 2004 einen Kooperationsvertrag gibt, der absichert, dass insbesondere der südliche Teil des Landkreis Teltow-Fläming durch den Standort Luckau mit versorgt worden ist.

Vom Landkreis Teltow-Fläming wurde ein eigenes Gutachten in Auftrag gegeben, um den Krankenkassen gegenüber ein belastbares Material zu haben, das aufzeigt, wie die

Versorgung speziell für den südlichen Landkreis aussieht, wenn der Standort Luckau geschlossen wird. Das Ergebnis des Gutachtens wird erst am 8. Juni 2011 vorliegen.

Von Ende April liegt ein Zwischenstand vor. Mögliche Lösungsansätze könnten sein, dass der Landkreis Teltow-Fläming für den südlichen Teil des Landkreises selber ein Notarztstandort aufbaut, entweder in der Stadt Dahme oder den Standort Petkus ausbaut. Die Alternative wäre, den Standort Luckau weiterhin für den Landkreis Teltow-Fläming zu nutzen, wenn gegenüber den Krankenkassen der Bedarf nachgewiesen werden kann. Das wäre die beste Lösung, weil keine neue Infrastruktur geschaffen werden müsste. Abzuwarten bleibt erst einmal das Gutachten, um dann in entsprechende Verhandlungen mit den Krankenkassen treten zu können.

Frau Gurske versichert, dass Ziel des Landkreises eine Lösung für den südlichen Teil ist, bei der es keine schlechtere Versorgung geben wird als vorher.

Frau Böttcher eröffnet die Diskussion.

Herr Terno, Fraktionsvorsitzender Bauern/Pro Schönefeld des Kreistages im Landkreises Dahme-Spreewald, erklärt wie es zu der jetzigen Situation kam. Durch den Landkreis Dahme-Spreewald wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, weil u.a. die Hilfezeiten (15 min.) für den Rettungsdienst nicht eingehalten werden konnten. Die Notärzte sind da nicht mit eingeschlossen, weil es hier keine vorgeschriebenen Zeiten gibt.

Bei der Betrachtung des Notärztlichen Dienstes ist festgestellt worden, dass es im Süden eine Überdeckung gibt und im Norden ein erhöhter Bedarf – deshalb die „Umverteilung“. Die Vereinbarung mit dem Krankenhaus Luckau wurde aufgrund der einjährigen Kündigungsfrist zum Jahresende gekündigt.

Gegen dieses Votum gibt es folgende Argumente: Die Krankenkassen müssten ein Interesse daran haben, die ganze Fläche abzudecken und nicht nur in Kreisgrenzen planen.

Die notärztliche Versorgung ist sinnvoller Weise kreisübergreifend zu betrachten.

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung wurde Mitte der 90er Jahre für den Notarzteinsatz geschlossen und wurde 2004 dahingehend erweitert, dass auch der Rettungsdienst mit aufgenommen wurde.

Diese öffentliche-rechtliche Vereinbarung wurde vom Kreistag abgeschlossen und kann eigentlich auch nur vom Kreistag aufgehoben werden. Diese Vereinbarung ist noch nicht aufgehoben worden.

Am 04.05.2011 gab es ein Gespräch mit den Krankenkassen und dem Landrat von LDS. Die Krankenkassen haben sich dahingehend positioniert, dass allein für den nördlichen Teil des Landkreises Dahme-Spreewald der Bedarf nicht ausreicht um den Standort Luckau zu erhalten. Sie haben sich dahingehend geäußert, nur wenn sich das Amt Dahme für Luckau positioniert, könnte es diesen Standort weiter geben, der dann die Bereiche Luckau und Dahme Landkreis übergreifend abdecken wird. Somit besteht großes Interesse, dass sich der Landkreis Teltow-Fläming für diese Lösung entscheidet.

Herr Kirmse von der Bürgerinitiative, die sich für den Erhalt des Standortes Luckau einsetzt, unterstreicht die Bedeutung dieses Standortes gerade für die Versorgung der Bevölkerung im südlichen Landkreis. In einer Unterschriftensammlung wurden bisher ca. 13.000 Unterschriften gesammelt. Vom Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald liegt ein Beschluss vom 30.03.2011 vor, sich für den Erhalt des Standortes Luckau einzusetzen.

Herr Pätzig, Amtsdirektor des Amtes Dahme bringt zum Ausdruck, dass die Dahmer Bevölkerung sich mehrheitlich für den Erhalt des Standortes Luckau ausspricht.

Herr Radan, Kreistagsabgeordneter Landkreis Teltow-Fläming, erwartet, dass bei den Überlegungen, einen neuen Notarztstandort in Dahme bzw. Petkus zu schaffen, die Kosten,

die dabei entstehen betrachtet werden. Diese würden um ein Vielfaches höher liegen, als wenn der Standort Luckau erhalten wird.

Er bittet alles zu tun, damit die Kooperation Dahme/Luckau zu Stande kommt.

Herr Dr. Oestmann, ärztlicher Direktor des Krankenhauses Luckau wirbt für den Erhalt des Standortes.

Frau Böttcher bedankt sich für die sachliche Diskussion. Ausschlaggebend für die Entscheidung durch die Krankenkassen wird sein, wie es der Verwaltung gelingt die Argumente überzeugend darzustellen. Der unterbreitete Vorschlag klingt sehr logisch und könnte das Problem lösen.

Frau Kühne bittet den Ausschuss den Vorschlag zum Erhalt des Standortes zu unterstützen und sich dazu zu positionieren.

Frau Gurske erklärt dazu, dass der Ausschuss leider nur eine Empfehlung abgeben kann, aber entscheiden werden die Krankenkassen. Je nachdem wie das Gutachten ausfällt und wie die Argumente sind, wird man bei den Verhandlungen entsprechend auftreten. Eine Rettungsstelle mit einem Krankenhaus im Hintergrund hebt immer die Qualität der Notarztversorgung.

Herr Kerbs betont, dass ein Notarztstandort immer zu einem Krankenhaus gehören soll. Ausnahmen gibt es hier in Zossen und Jüterbog, aber da gab es einmal Krankenhäuser. Er unterstützt den Vorschlag vom Krankenhaus Luckau. Gleichzeitig gibt er zu bedenken, dass man sich vertraglich wieder binden würde mit dem Nachbarlandkreis.

Ein Vertreter der Diakonie berichtet, dass er jahrelang den Rettungsdienst im Land Brandenburg mit organisiert hat.

Er benennt drei Punkte:

Erstens eine notärztliche Versorgung aus dem Krankenhaus heraus ist immer die günstigste Lösung. Luckau wäre landesweit das erste Krankenhaus, was über eine eigene Notaufnahme verfügt, aber keinen Notarztstandort hätte. Darüber hinaus ist es ein Kostenargument, dass Rettungskräfte und Notärzte an einem Standort sind. Müsste auf eine Versorgung zurückgegriffen werden, die vom Krankenhaus losgelöst ist, muss man bei Bedarf auf ggf auf die Notärzte-Börse zurückgreifen, was ungleich teurer wäre als die jetzige Lösung.

Zweitens ist es rechtlich für TF machbar, direkt mit dem Krankenhaus Luckau einen Vertrag zur notärztlichen Versorgung zu schließen. In einigen Orten wurde diese Lösung bereits gewählt, kreisübergreifend aus einem nahe liegenden Krankenhaus heraus die notärztliche Versorgung sicherzustellen.

Drittens, ganz so schwach ist die Situation der Verwaltung gegenüber dem Kostenträger auch nicht. Letztendlich ist der Landkreis Träger des Rettungsdienstes und hat die Entscheidungshoheit. Die Kostenträger sind zunächst nur anzuhören.

Er gibt die Empfehlung an den Ausschuss, den Standort Luckau zu favorisieren und das Gesundheitsministerium in die Verhandlungen mit einzubeziehen. An Frau Gurske richtet er die Bitte, alle vorgetragenen Argumente zu berücksichtigen.

Frau Böttcher bedankt sich für die Hinweise. Sie fasst die Vorschläge aus der Diskussion zusammen und bittet dies als Empfehlung des Ausschusses mit in die Verhandlungsführung zu nehmen.

1. Favorisierung des Standortes Luckau.

- 13.300 Unterschriften aus Unterschriftensammlung zur Untersetzung liegen vor.
2. Einbeziehung der Gesundheitsministerin, Information über angedachte Lösungsvorschläge.
 3. Bitte an Frau Gurske, alle hier gemachten Ideen und Vorschläge als Argumente zu verwenden, um die Notwendigkeit des Notarztstandortes in Luckau zu unterstreichen. Mit Vorlage des Gutachtens Verständigung über die Situation und weitere Schritte.

Die Ausschussmitglieder empfehlen einstimmig diese Verfahrensweise.

Frau Gurske sagt zu, Herrn Pätzig zeitnah über die Ergebnisse des Gutachtens zu informieren.

TOP 4

Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2011

Herr Kohl stellt die Haushaltsplanung 2011 für das Sozialamt vor. Sie baut auf die Präsentation der Ausschusssitzung vom 07.03.2011 auf, wo die einzelnen Produkte vorgestellt wurden. Es wird speziell eingegangen auf neue bzw. besonders große Positionen. Die Präsentation ist als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Herr Lehmann stellt die Haushaltsplanung 2011 für das Gesundheitsamt vor. Die Präsentation ist als Anlage beigelegt.

Frau Böttcher eröffnet die Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2011.

Auf Nachfrage von Herr von der Heide zu den Leasingraten für das Kreishaus erklärt Frau Pieper, dass dies im letzten Haushalt dem Hauptamt zugeordnet war und jetzt erstmals anteilig auf die Fachämter umgelegt wurde.

Des Weiteren fragt Herr von der Heide warum bei den Kosten der Unterkunft nicht der Rückgang der Arbeitslosenzahlen erkennbar ist.

Herr Kohl antwortet, dass u.a. immer mehr Haushalte auf ergänzende Hartz-IV Leistungen angewiesen sind. D.h., dass das Erwerbseinkommen nicht ausreicht um den Lebensunterhalt zu decken.

Herr von der Heide fragt nach, ob nicht die Möglichkeit besteht, solch umfassende Dokumente wie den Haushaltsplanentwurf als PDF-Datei zu versenden.

Frau Böttcher wird die Anfrage an die Verwaltung zur Prüfung weiterreichen.

Frau Böttcher stellt die Teile Soziales und Gesundheit des Haushaltsplanentwurfes 2011 zur Abstimmung.

Es wird einstimmig die Empfehlung an den Kreistag gegeben, den vorliegenden Haushaltsplanentwurf zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

TOP 5
Sonstiges

Zu diesem TOP gibt es keine Anfragen. Frau Böttcher beendet die Sitzung.

Datum: 18.11.21

Ausschussvorsitzende

Protokollführerin